Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Monat September 2023 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

# KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



08. September '23

Bürger zeigen staatlicher Bevormundung die kalte Schulter: Die PKW-Dichte steigt in Deutschland auf einen Rekordwert.

Die Debatte über eine "Verkehrswende" scheint die Bürger herzlich wenig zu scheren, geht sie doch völlig an der Lebensrealität der meisten vorbei. Gestern war in den Nachrichten zu lesen, dass zu Jahresbeginn in Deutschland mehr PKW zugelassen waren als je zuvor. Insgesamt sind es nun 48,8 Millionen Fahrzeuge oder 583 PKW auf 1000 Einwohner - das entspricht laut Statistischem Bundesamt einem neuen Höchstwert.

Als Grund wird der Trend zum Zweit- oder Drittwagen angegeben.<sup>1</sup> Interessant hier-

bei: Zum Stichtag am 1. Januar waren in Deutschland nur 1,3 Prozent der zugelassenen PKW reine Elektroautos.

Bis Juli betrug der Anteil von E-Autos an den Neuzulassungen 16,4 Prozent. Dieser vergleichsweise hohe Wert dürfte jedoch mit dem Ende der E-Auto-Förderung für gewerbliche Fahrzeuge zusammenhängen. Viele Firmen wollten vor dem Ende der Förderung am 1. September noch in den Genuss der Prämien kommen.

Verwunderlich ist das alles nicht: Die Bürger wollen unabhängig von einem ÖPNV mit maroder Infrastruktur und steigender Kriminalität sein. Auch für viele Elektroautobesitzer ist der Stromer kein vollwertiger Ersatz für den bisherigen PKW. Nicht wenige dürften sich den Elektrowagen nur für das gute Gewissen oder Kurzstrecken zusätzlich zum bisher genutzten Auto angeschafft haben. Es gibt bis heute eben keine echte Alternative zum Verbrenner, und solange das so ist, scheint die Verbotspolitik der Regierung keine Wirkung zu zeigen. Gut so!

[1] WELT online vom 06.09.23 "Pkw-Dichte steigt auf neuen Rekordwert in Deutschland"

1 WELT online vom 06.09.23 "PKW-Dichte steigt auf neuen Rekordwert in Deutschland"



# Abstimmung zu Habecks "Heizungshammer": Ich habe heute mit NEIN gestimmt!

Jetzt ist es also passiert. Die Änderung des Gebäudeenergiegesetz - im Volksmund auch Habecks Heizungshammer genannt - wurde heute mit 399 Ja-Stimmen zu 275 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen. Und die Ampel feiert sich dafür, dass sie in den kommenden Jahren zahllose Hausbesitzer und Mieter in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen wird. Die Fraktion der Alternative für Deutschland hat selbstverständlich geschlossen dagegen gestimmt.

Nun ist dieses unsägliche Gesetz erstmal da. Das ist kein guter Tag für Deutschland. Doch jetzt beginnt der Kampf dagegen erst

richtig. Und immerhin haben wir durch unseren entschlossenen und lautstarken Widerstand etwas Zeit gewonnen. Anders als im ursprünglichen Entwurf vorgesehen, greifen die neuen Regelungen des GEG bei Bestandsbauten in Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern erst ab dem 30. Juni 2028. Allerdings hat auch das einen Haken. Sollte bereits früher eine kommunale Wärmeplanung vorliegen, greift das neue GEG bereits ab diesem Zeitpunkt. Mit den bekannten Folgen für Hausbesitzer und Mieter. Ich kann Ihnen schon jetzt versichern, dass es im Falle einer Regierungsbeteiligung der AfD zu unseren ersten Maßnahmen gehören wird, dieses ebenso schädliche wie überflüssige Gesetz rückabzuwickeln.

# BUNDESTAG: DIE SOMMERPAUSE IST VORBEI



#### 08. September '23

#### Rede zum Bundeshaushalt 2024, Etat Bildung und Forschung

Dass der Etat für Bildung und Forschung bei anhaltend hoher Inflation auch noch gekürzt wurde, ist so nicht hinnehmbar.

In meiner Rede zum Haushalt 2024 habe ich das sehr deutlich gemacht.

Ohne eine starke Forschung werden wir unseren Wohlstand in Zukunft nicht sichern können.

Wir werden darum in den Haushaltsberatungen zahlreiche Änderungsanträge einbringen. Denn Bildung und Forschung sind eine dringend notwendige Investition in die Zukunft und muss höchste Priorität haben. Die Ampel versagt auch hier völlig.

https://www.youtube.com/watch?v=RlsnMFoOyb0



#### 07. September '23

#### Eine ereignisreiche Woche in Berlin neigt sich dem Ende zu.

Im Moment sind die Beratungen zum Haushalt 2024 das wichtigste Thema. Leider wurde auch der Etat für Bildung und Forschung erheblich gekürzt. Ich halte das für verantwortungslos, denn ohne eine starke Forschung werden wir unseren Wohlstand in Zukunft nicht sichern können. Weitere Themen in diesem Bericht aus Berlin:

Frau Faeser muss nach der Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes zur Verfolgung eines unliebsamen Spitzenbeamten zwingend zurücktreten.

Und Habecks Heizungshammer wird voraussichtlich noch an diesem Freitag verabschiedet. Doch jetzt geht der Widerstand dagegen erst richtig los.

https://youtu.be/RfJ30ftqGT4?si=IP0lqHAH4yz5bAqS



# PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

#### Haushaltswoche

#### Die sogenannten Haushaltswochen laufen anders ab, als übliche Sitzungswochen:

- Ausschusssitzungen entfallen, daher auch meistens die in den Fraktionen angesiedelten Arbeitskreise, Initiativen werden nur bedingt behandelt.
- In der ersten Haushaltswoche des Jahres zum Etat 2024 erfolgt die erste Lesung aller Einzelpläne.
- Redebeiträge sind dann oft ein grober Überblick, Schwachpunkte der Regierung werden von der Opposition angegriffen.
- Investiert werden 54,2 Mrd., das sind 17,3 Mrd. weniger als letztes Jahr.
- Eine Einnahmenunterdeckung macht eine offizielle Neuverschuldung von 16,56 Mrd. 

   € notwendig. Letztes Jahr waren es offizielle 45,61 Mrd, im Jahr 2022 waren es 140 Mrd.

Dies alles gerechnet ohne die sog. Sondervermögen, die tatsächlich Sonderschulden sind.

#### Dienstag

#### Sitzungseröffnung:

In der Geschäftsordnungs-Debatte wurde über die Absetzung des Heizungsgesetzes, eigentlich auf der TO für den Freitag, abgestimmt.

- Die geschlossene Opposition wollte es verhindern, unterlag jedoch der Ampel in der Abstimmung.
- Es war der Tag von Christian Lindner, der von Kay Gottschalk auch "Lucky Luke Lindner" genannt wurde, da dieser mit unschuldigem Gesichtsausdruck einen Haushalt vorstellte, mit dem jeder Unternehmer als bankrott erklärt werden würde.
- Die Zinskosten sind doppelt so hoch, wie der Etat für Bildung und Forschung.
- · Es ist ein Etat der versteckten und offe-

nen Schulden.

- Die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands gegenüber der EU über netto mehr als 65 Mrd. € (auf die Jahre verteilt) für den sog. Wiederaufbaufonds über gesamt 750 Mrd. €., wurden geflissentlich nicht erwähnt.
- Das Novum in der Geschichte der EU, unter Kom-Präsidentin Ursula von der Leyen, wurde bereits vom BRH gerügt, denn so wörtlich: "Der Deutsche Bundestag muss auch mit Blick auf internationale oder europäische Verpflichtungen der Ort bleiben, an dem eigenverantwortlich über Einnahmen und Ausgaben des Bundes entschieden wird."
- Was kümmert das Christian Lindner?
   Man gönnte sich die schlappen 3.000
   € Sonderprämie als Inflationsausgleich für die armen Minister.
- Danach debattierten die einzelnen Ressorts.

#### Mittwoch

#### Debatte zum Einzelplan 04 (Bundeskanzler und Bundeskanzleramt)

- Am Mittwoch konnte Olaf Scholz bei der Debatte zum Einzelplan 04 die Lobhudelei Christian Lindners auf den Bundeshaushalt 2024 fortsetzen.
- Während in der Rede von Friedrich Merz, als Oppositionsführer im Parlament, dessen Hauptsorge der Unterfinanzierung der Bundeswehr galt, schwärmte Scholz vom Deutschlandpakt, der "das Land schneller, moderner und sicherer machen würde".
- Die geplanten Investitionen in klimafreundliche Mobilität, digitale Infrastruktur und den sozialen Wohnungsbau seien zusammengenommen das größte Investitionsprogramm seit der Dampflok, so Scholz. Und weiterhin:
- Bezahlbare Wohnungen für Millionen Menschen sollen gebaut werden, es sollen 400.000 pro Jahr sein.
- Fakt ist, dass mehr als 700.000 neue Wohnungen pro Jahr gebraucht werden

(siehe vorherige Wochenrückblicke).

- Stolz verkündete Scholz auch, dass pro Tag 30 Fußballfelder Solaranlagen installiert werden.
- Wir ernten also Flatterstrom, anstatt Getreide und Feldfrüchte.
- Tino Chrupallas Erwiderung passte auf den Punkt, Dr. Jongen sprach vom Abbruchkommando Deutschlands.

#### **Donnerstag**

Auf Initiative des Büros Prof. Kaufmann stattete eine Delegation des Arbeitskreises Bildung und Forschung dem WHO-Hub Berlin (Global Hub for Pandemic and Epidemic Intelligence) einen Besuch ab.

- Das WHO-Hub Berlin finanzierte der deutsche Steuerzahler mit 90 Millionen Euro in den Jahren 2022-2024.
- Der Empfang mit Kaffee, Führung durch alle offiziellen Räumlichkeiten, Präsentationen und Diskussionen war beeindruckend, wenn auch oberflächlich.
- Trotz der Vorstellung der professionellen Online-Tools mit weltweiter Vernetzungsmöglichkeit und quasi lückenloser Detektion und Überwachung von Ereignissen (Viren, Bakterien, Parasiten, Naturereignisse oder noch mehr?) war nicht wirklich ersichtlich, wie dieses große Budget, welches noch von der WHO und ihren Partnern B&M-Gates-Stiftung, Rockefeller-Stiftung und weiteren aufgestockt wird, letztendlich verwendet wird.
- Gezahlt wird in eine "Blackbox" ohne Rechenschaftspflicht gegenüber dem Steuerzahler.

# Erste Lesung des Etats für Bildung und Forschung.

- Prof. Michael Kaufmann erkannte und benannte in seiner Rede die Kopflosigkeit, mit der Kürzungen mit dem Rasenmäher vorgenommen werden und komplett falsche Prioritäten gesetzt werden.
- Innovation geht den Berg hinunter, In-



vestition in deutsche Schlüsseltechnologien wird zurückgefahren, die Deindustrialisierung schreitet voran, Hauptsache Klima, Gender und Soziales kommen zum Zug.

#### Freitag

# Schlussrunde der ersten Haushaltsberatungen

- Christian Lindner sagte mit vielen Worten wieder einmal nichts.
- Gelobt wurde der "Deutschlandpakt", das "Wachstumschancengesetz", "Zukunftsfinanzierungsgesetz" (auf dem Weg), "Inflationsausgleichsgesetz" und noch viele weitere sozialistische Auswüchse.
- Sondervermögen wie Klima- und Transformationsfonds seien nicht immer Schulden (wie das der Bundeswehr) so Lindner, sondern hätten in diesem Fall eigene Einnahmen aus der CO2-Bepreisung.
- Trotzdem erklärte er, dass bis etwa 2031 die Schulden des KTF getilgt werden müssen..
- Tino Chrupalla sprach in seiner Rede jedoch von rund 70 Mrd. € neuen Schulden in diesen Sondertöpfen, die glattweg unter den Tisch gekehrt werden: Somit sind es in Summe weit über 100 Mrd. neue Schulden, und nicht 16 Mrd.
- Es läuft alles auf Pump: Tatsächlich haben sich die Zinskosten für die horrende Verschuldung von 4 Mrd. € auf etwa 40 Mrd. € verzehnfacht.
- Die wichtigsten Einzelpläne, wie Bildung und Forschung nehmen ab, aber der Plan des Ministeriums Arbeit und Soziales erhöht sich sowohl prozentual, als auch absolut. Ist auch verständlich, wenn das Bürgergeld für jede Person ab 01.01.24 um 25% (innerhalb 2 Jahren) ansteigt. Wo soll das hinführen?
- Peter Boehringer listete akribisch auf, wo unsere Steuergelder verprasst werden:
- · Merkel-Scholz-Kanzleramt
- Hallo Kongo eV
- · Gewächshäuser in China
- · Verein kamerunischer Ingenieure
- · Diabetes-Ratgeber in Eritrea
- Förderung der Regierungsführung

- durch Kunst in arabischen Ländern

  Naturwissenschaftliche MINT-Schulen
- in Indien
- Förderung kritischen Denkens in Malay sia usw....
- Kay Gottschalk: Lindner, dessen Schulden schneller ins Bodenlose steigern, als seine Schattenhaushalte, legt einen desolaten Haushalt vor. Der BRH hatte explizit die Schattenhaushalte, getarnt als Sondervermögen angeprangert, die die tatsächliche Verschuldung um das vierfache ausweisen, als vorgegaukelt wird. "Lug und Trug wohin man schaut, "eine perfekte Kopie der Schneeballsysteme großer Finanzbetrüger", so Gottschalk.

#### Der letzte TO-Punkt behandelte den sog. Heizungshammer (GEG 20/6875)

- ... den die CDU vor der Sommerpause vor der Abstimmung durch Eilurteil des Bundesverfassungsgesetzes auf Eis legen konnte, der aber nun mit aller Wucht zuschlägt.
- Man kann nur hoffen, dass die Wähler in Hessen und Bayern Anfang Oktober diese neue zu schluckende Kröte an der Wahlurne den "Peinigern" wieder ins Gesicht spucken:
- "Was WiMi Robert Habeck nun über den Sommer mit Subventionen aufgehübscht hat und nun immerhin doch noch "3/4 der Emissionen des alten Vorgängerentwurfs" einsparen wird, ist nichts anderes, als Betrug an den Menschen" so der fraktionslose Robert Farle in seiner Rede.
- Nach Schätzungen des energiepolit. Sprechers der FDP wird der Umbau auf Wärmepumpe zzgl. notwendiger Sanierung und Dämmung der Häuser, damit die Wärmepumpen das Optimum leisten können, den einzelnen Häuslebesitzer bis zu 120.000 EUR kosten, die gesamte Volkswirtschaft damit 2.500 Milliarden EUR.
- Um von diesem finanziellen Todesstoß für viele Bürger abzulenken, klärte Habeck über Subventionsalmosen auf:
- Förderung beim Kauf der WP mit Deckel 30.000 € für Einfamilienhäuser. Hiervon gibt es 30 Prozent Grundförderung, bei Familieneinkommen bis 40.000 nochmals 30% und einen einkommensunab-

- hängigen "Geschwindigkeitsbonus", der abschmilzt und max. 20 Prozent beträgt. Förderobergrenze: 70%.
- Mit anderen Worten: Der Staat gibt von dem, was er vorher schon genommen hat. Vermieter haben noch schlechtere Karten, denn nur 10% der Modernisierungskosten dürfen auf die Mieter umgelegt werden, das Maximum sind 50 Cent pro qm.
- Um einen kurzen Eindruck zur Einsparung der CO2-Emissionen zu geben:
  Habeck sprach von 40 Mio. Tonnen bis
  2030, der Bundestags-Gutachter Univ.Prof. Dr. Fritz Söllner berechnete im
  Gutachten vom 2. Juli 2023 selbst beim
  weiteren Ausbau der erneuerbaren
  Energien nur 10 Mio. Tonnen und die
  Einsparungen hätten eigentlich nur den
  Effekt, dass sich der Zertifikatehandel in
  anderen Bereichen verbilligen würde,
  was dann zu Mehremissionen führen
  würde. Der Wahrheit nahekommende
  Zahlen sind also kaum möglich.
- Um so schlimmer, dass Jens Spahn, CDU gegen das Gesetz in seiner Rede Sturm lief, denn auf EU-Ebene plant seine Parteikollegin UvdL ja schon viel engere Daumenschrauben mit einer Verschärfung der deutschen Gesetzesversion.
- Der Schildbürgerstreich "Besteuerung der Luft" könnte eigentlich vom Tisch sein, wenn man Kernkraftwerke wieder anlaufen ließe.
- Und da zitiere ich Jens Spahn mal mit Wohlwollen:

## Mit dem Gesetz spart man in 7 Jahren soviel CO2, wie ein KKW in einem Jahr einsparen würde.

 Ist das alles wieder nur Theaterdonner und Wählerfang der Umfallerpartei CDU? Auch Markus Söder bläst jetzt vollmundig in dieses Horn, obwohl doch die "christlichen Demokraten" die einstigen Totengräber der Kernkraft waren!

Alle Änderungsanträge der AfD wurden wie immer in der namentlichen Abstimmung abgelehnt, das Gesetz selbst erhielt nur die Zustimmung der Ampel, alle anderen Fraktionen stimmten mit Nein.





**07. September '23**: Spannende Einblicke in die Vernetzung und das beinahe weltumspannende Einwirken der WHO und ihrer Büros mit 147 Country-offices & 6 Regional Offices mit Sitz der Organisation in Genf, beim Besuch des deutschen WHO-Hub Berlin auf Veranlassung des AK Bildung und Forschung, initiiert und organisiert durch das Abg.-Büro Prof. Kaufmann.

Die offizielle Definition der Arbeitsweise des Hubs und der vernetzten Organisationen:

Ziel ist die beinahe lückenlose weltweite Überwachung rund um gesundheitliche oder andere bedrohliche Ereignisse, um diese mit neuester Technik aufzuspüren & zu sammeln. Außerdem werden Daten von (bedrohlichen) Virus-Genomen "verarbeitet" um somit lokal eine schnellstmögliche "Antwort" zum Wohle der Menschheit zu generieren.

Unter "Verarbeitung" wird in diesem Fall die Weiterleitung der Daten an Labors von Regierungen, Universitäten und privaten Organisationen in vielen Ländern verstanden.











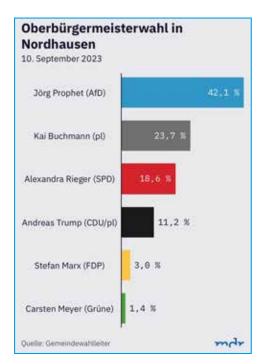
# **WAHLKREIS:**



#### 05. September '23

Beim Jahresempfang der IHK Ostthüringen zu Gera zu Gast mit meinem Landtagskollegen Dr. Jens Dietrich .

Wichtiges Thema ist Künstliche Intelligenz (KI), an das sich die Unternehmen mehr oder weniger schnell rantasten.



#### 10. September '23

Bekommt die AfD jetzt ihren ersten hauptamtlichen Bürgermeister?

Im ersten Wahlgang holte der AfD-Kandidat Jörg Prophet bei der Bürgermeisterwahl in Nordhausen stolze 42,1 Prozent.

Der Amtsinhaber folgt abgeschlagen mit 23,7 Prozent. Nun gehen die beiden in die Stichwahl.

Da werden wunderbare Erinnerungen an die Landratswahl in Sonneberg wach.

Ich gratuliere meinem geschätzten Kollegen Jörg Prophet ganz herzlich zu diesem Etappensieg und drücke ihm alle Daumen für die Stichwahl in zwei Wochen.

Die Nordhausener haben es nun in der Hand, für ihre Stadt Vernunft und Sachverstand zu wählen und Jörg Prophet ins Amt zu bringen.

Liebe Nordhausener macht es wie die Sonneberger und lasst euch weder von der erwartbaren Allparteienkoalition gegen den AfD-Kandidaten noch vom medialen Getöse einschüchtern. Wir freuen uns auf die Stichwahl.

#### Wahlkreis-Schlagzeilen der Woche

- Das einzige Hallenbad im Saale-Holzlandkreis ist so marode, dass es wahrscheinlich bald schließen muss. Trotz mehrerer Hinweise der Betreiber an Land und Kommune, ist keine Sanierung in Sicht während ein Flüchtlingsheim nach dem nächsten finaziert werden kann, wird das einzige Hallenbad in diesem großen Landkreis "links liegen" gelassen. Hallenbäder sind für den Schwimmunterricht der Kinder unverzichtbar.
- Die Bleilochtalsperre ist voller Blaualgen, sodass vom Baden gehen strikt abgeraten wurde. Bedauerlich für alle, die die letzten schönen Sommertage noch dort verbringen wollten.
- Aktuell tauchen in den Sozialen Netzwerken immer öfter Meldungen über weiße Transporter auf, von denen aus versucht wird Kinder anzusprechen und zum Einsteigen zu überreden. Laut Polizei, sollen und dürfen derartige Meldungen nicht in die sozialen Netzwerke gestellt werden, da sie ausschließlich der Polizei mitzuteilen sind. Passen Sie gut auf Ihre Kinder auf.
- Ein Investor möchte am Staussee Hohenwarte/Bucha eine Premium-Ferienanlage im Wald ausbauen, die zu DDR Zeiten schon ein Erholungsheim mit vielen Sportflächen war. Zwei Jahre nach Ankündigung des Projekts steht es immer noch nur auf dem Papier: Ihm wird aber ein Gesetz zum Verhängnis, welches besagt, dass man zum Bauen 30 m Abstand zum Wald einhalten muss. Darüber hinaus braucht er, neben vielen weiteren Hürden, die Genehmigung der Waldbesitzer. Dem Tourismus in dieser Region wäre das Projekt alerdings sehr förderlich, dazu würde man rund 60 Arbeitsplätze damit schaffen.

Bürgermeisterin Andrea Wende ist Vorsitzende in diesem Zweckverbandprojekt und möchte nun auch alle Landespolitiker aktivieren.

• Das Kernnetz für Wasserstoff wird bis Ende des Jahres quer durch Thüringen verlaufen, die Region Saalfeld-Rudolstadt möchte sich bis jetzt nicht an der Wasserstofferzeugung bzw. Produktion beteiligen.

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 37/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

THÜRINGEN: VON »BRANDMAUER« GEGEN DIE AFD KEINE SPUR MEHR!

Eine einige
Opposition
übertrumpft
die Regierung!

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

# 14. September '23: Thüringen: Von "Brandmauer" gegen die AfD keine Spur mehr!

Eine einige Opposition übertrumpft die Regierung.

In Erfurt wurde heute mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD die Senkung der Grunderwerbssteuer von 6,5 auf 5 Prozent beschlossen. Dass Thüringen nun endlich nicht mehr die höchste Grunderwerbssteuer in ganz Deutschland hat, ist eine gute Nachricht für die Bürger. Und nebenbei zeigt sich hier, dass es in Deutschland durchaus Mehrheiten für eine vernunftgeleitete Politik zum Wohle der Bürger gibt, wenn man nur die Alternative für Deutschland mit einbezieht.

# KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



#### 13. September '23

# Deindustrialisierung zeigt sich in schwacher Gasnachfrage

Obwohl der Gaspreis zuletzt kräftig eingebrochen ist, ist der Gasverbrauch in Europa deutlich zurückgegangen.<sup>1</sup>

Grund dafür ist nicht etwa nur die vielbeschworene Umstellung auf erneuerbare Energien, sondern die anhaltenden Schwierigkeiten im Industriesektor - gerade auch bei uns in Deutschland.

Die hohen Füllstände der Gasspeicher hierzulande sind ein sicheres Zeichen dafür, dass die Industrie weniger Gas verbraucht. Die Probleme sind hausgemacht: Die völlig verfehlte Energiepolitik der Bundesregierung zwingt Unternehmen zu einer Reaktion. Die finanziellen Ressourcen vieler klei-

ner und mittlerer Unternehmen sind trotz Drosselung der Produktion inzwischen aufgezehrt, wer nicht den Betrieb einstellen muss, dem bleibt in vielen Fällen nur noch eine Abwanderung an ausländische Standorte.

"Die Situation ist extrem prekär. Ich habe so etwas seit den 1970er-Jahren nicht erlebt." zitiert die Berliner Zeitung aus einem Gespräch mit Analyst Folker Hellmeyer.<sup>2</sup>

Der Vertrauensverlust der Wirtschaft in die Politik lässt wichtige Verbraucher – von Chemieunternehmen bis hin zu Stahlherstellern – nach dem letztjährigen Rekordanstieg der Energiepreise zögern, ihre Nachfrage wieder zu erhöhen.

Mehr noch: Die Sorge der Unternehmen vor dem wirtschaftlichen Absturz ist die Ursache dafür, dass viele mittelständige Weltmarktführer derzeit den Abzug aus Deutschland vorbereiten.

Die Situation sei "so kritisch wie noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik".

Der desaströsen Energiepolitik der Bundesregierung muss Einhalt geboten werden! In unserem 10-Punkte-Programm können Sie nachlesen, wie wir unser Land aus der Rezession holen und die Deindustrialisierung stoppen werden.<sup>3</sup>

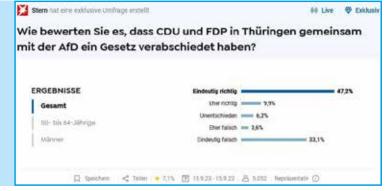
- 1 Finanzmarktwelt vom 12.09.23 "Trübe Aussichten für den Industriesektor Europas schwache Gasnachfrage Industrie weiterhin in der Krise"
- 2 Berliner Zeitung vom 08.09.23 "Extrem kritisch: Top-Unternehmen wollen Deutschland verlassen"
- 3 https://afdbundestag.de/10-punkte-fuer-deutschland/

# 16. September '23 Civey-Umfrage

Dass CDU, FDP und AfD in Thüringen gemeinsam die Senkung der Grunderwerbssteuer beschlossen haben finden, laut einer aktuellen Civey-Umfrage, 57,1 Prozent der Bürger richtig.

Das Geschrei der Altparteien spiegelt demnach in keiner Weise die Sichtweise der Menschen in Deutschland wider. Es ist erfreulich zu sehen, dass die Anti-AfD-Propaganda bei den Bürgern immer weniger verfängt.

Die Wähler wollen inzwischen mehrheitlich eine vernunftgeleitete bürgerlich-konservative Politik. Höchste Zeit für eine Regierungsbeteiligung der Alternative für Deutschland.







## 830000 € Steuergeld für Denunzianten-Portal

Die Online-Plattform "Berliner Register" sammelt Meldungen zu "politisch inkorrektem Verhalten" und "rechter Gewalt". Dabei bewegen sich die gemeldeten Fälle durchweg unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Hier werden also Menschen nur deshalb an den Pranger gestellt, weil sie eine "falsche Meinung" äußern. Damit ist dieses Denunziationsportal ein direkter Angriff auf die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit.

Linksradikale Meinungsäußerungen, linke Gewalt oder Zuwanderer-Kriminalität sucht man dort hingegen vergeblich. Dafür werden reihenweise Fälle, wie das Abreißen von Antifa-Aufklebern, gemeldet. Kos-

ten lässt der Berliner Senat sich das Ganze alleine in diesem Jahr 830000 Euro.

Die meldefreudigen Bürger können ihre Beobachtungen anonym an das Register senden. Ob die Meldungen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden, wurde vom Portal auf Anfrage des "Focus" nicht beantwortet.¹ Doch auch bei der Anzahl der "Vorfälle" wird getrickst: So findet es der zuständige Sachbearbeiter "völlig in Ordnung", wenn derselbe "transfeindliche" Aufkleber als fünf transfeindliche Vorfälle gezählt wird, wenn er von fünf verschiedenen Personen gemeldet wird, wie er Gegenüber der NZZ bestätigt.² Wem das jetzt noch nicht skandalös genug ist, der sollte spätestens bei diesem Absatz aufhorchen: "Ein Aufkleber mit der Aufschrift "Es gibt nur zwei Geschlechter" wird nur dann als rechtsextrem eingestuft, wenn er von der AfD ist", wie die NZZ eine leitende Mitarbeiterin zitiert.

Es geht also - wieder einmal - darum, unliebsame Meinungen, die rot-grüner Ideologie entgegenstehen, anzuprangern und die Gesellschaft weiter zu spalten. Hier werden Spitzelstrukturen nach STASI-Vorbild aufgebaut, der Rechtsstaat wird untergraben. Das volks- und verfassungsfeindliche Petz-Portal verdanken wir übrigens nicht nur Rot-Grün: In Berlin regiert inzwischen auch die CDU, die bisher keinerlei Anstalten macht, das Portal zu schließen.

- [1] FOCUS online vom 06.09.23 "Berlins bizarres Anschwärz-Portal: Lesen Sie mal, welche Meldungen dort einlaufen"
- [2] NZZ vom 31.08.23 "Meldestellen im ganzen Land erzeugen ein Klima der Verdächtigung zum Beispiel das "Berliner Register"
- 1 FOCUS online vom 06.09.23 "Berlins bizarres Anschwärz-Portal: Lesen Sie mal, welche Meldungen dort einlaufen"
- 2 NZZ vom 31.08.23 "Meldestellen im ganzen Land erzeugen ein Klima der Verdächtigung zum Beispiel das "Berliner Register"

#### 12. September '23

# Abstimmungsverhalten beim Gebäudeenergiegesetz ("Habecks Heizungshammer") am vergangenen Freitag

Hier können Sie nochmal auf einen Blick sehen, wie das Abstimmungsverhalten beim Gebäudeenergiegesetz am vergangenen Freitag war.

Besonders interessant: Keine einzige Stimme aus der FDP gegen Habecks Heizungshammer. Als "Partei der Freiheit" sind sie damit endgültig erledigt.

Die Alternative für Deutschland wird weiter mit aller Kraft dafür kämpfen, dass dieses unsägliche Gesetz niemals zur Anwendung kommt. Sie können ihren Beitrag dazu leisten, mit Ihrer Stimme für die AfD bei den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen.





## Deutschland verpasst beim Dual Fluid Rekator erneut eine Chance

Wie das Unternehmen Dual Fluid Energy Inc. berichtet (https://dual-fluid.com/.../dual-fluid-unterzeichnet.../) wird der weltweit erste Dual Fluid Versuchsreaktor in Ruanda gebaut werden.

Dies kommentiert der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Prof. Michael Kaufmann, wie folgt:

"Die zukunftsweisende Technologie des Dual-Fluid-Reaktors wurde zwar in Deutschland von deutschen Wissenschaftlern entwickelt, die Umsetzung in die Praxis erfolgt nun aber in Kanada und Ruanda.

Die an dem Projekt beteiligten Wissenschaftler fanden in der deutschen Politik leider keine Offenheit für diese Technologie und sind daher notgedrungen abgewandert. Das ist eine Schande und nicht weniger als ein energie- und wirtschaftspolitisches Desaster.

Dabei hat der Dual-Fluid-Reaktor das Potenzial, dauerhaft und nachhaltig die Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen zu gewährleisten. Abgesehen davon wäre dieser Reaktortyp ausgesprochen sicher - eine Kernschmelze ist bauartbedingt ausgeschlossen - und zudem in der Lage bereits vorhandenen Atommüll zur Energiegewinnung zu nutzen.

Einmal mehr müssen wir mit ansehen, wie eine großartige Idee in Deutschland entwickelt wird, dann aber andere Nationen den wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen. Das darf so nicht länger weitergehen. Darum setzt sich die Alternative für Deutschland mit Nachdruck für eine Forschungsförderung ein, die allein vom Potenzial einer Idee geleitet und frei von ideologischen Vorgaben und Restriktionen ist."



Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 38/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

# KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



20. September '23

Bei uns ist jeden Tag Weltkindertag: Kinder und Familie stehen im Mittelpunkt unserer Politik.

Die AfD setzt sich seit jeher für eine familien- und kinderfreundliche Politik ein.

Das wurde nicht nur während der "Corona-Krise" ersichtlich, als wir uns als Einzige dafür einsetzten, dass die Vernachlässigung des Wohles und der Interessen von Kindern sofort ein Ende finden muss.

Auch die Kinderarmut ist das Ergebnis jahrzehntelanger familienfeindlicher Politik.

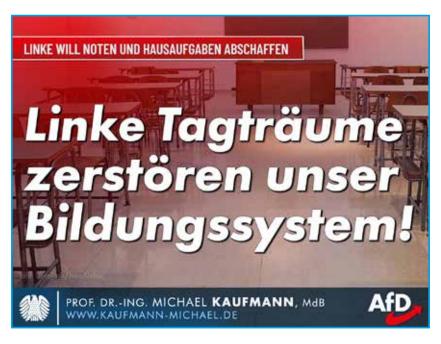
Kinder leiden unter der Energiepolitik, wenn die Heizung wegen explodierender Energiekosten heruntergedreht und der Teller dank Inflation leer bleibt. Anstatt ar-

beitenden Eltern den letzten Cent aus der Tasche zu ziehen, um deren Geld danach als "Kindergrundsicherung" an mehrheitlich die zu verteilen, die nie in unsere Sozialsysteme eingezahlt haben, setzen wir uns für echte und nachhaltige Familienpolitik ein: Wir werden den Sozialstaat retten und die verheerende Migrationspolitik beenden.

Außerdem werden wir Familien stärken und belohnen, indem wir ein Betreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern einführen [1]. Wir werden ein Familiensplitting einführen, das die Kinderzahl bei der Einkommenssteuer berücksichtigt und kinderreiche Familien entlastet [2]. Darüber hinaus werden wir den Einfluss der Gender-Ideologie zurückdrängen [3].

- [1] https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007199.pdf
- [2] https://dserver.bundestag.de/btd/20/046/2004672.pdf
- [3] https://dserver.bundestag.de/btd/20/042/2004213.pdf







# "Klimaaktivisten" besprühen Brandenburger Tor!

Sachbeschädigung ist kein Kavaliersdelikt. "Klimaaktivisten" müssen konsequent bestraft werden.

Die Straftäter aus den Reihen der

"Letzten Generation" greifen zu immer drastischeren Maßnahmen, um auf sich aufmerksam zu machen. Nun haben sie es auf eines der Wahrzeichen Deutschlands abgesehen. Mehr oder weniger unter den Augen der Polizei haben diese fanatischen Anhänger der Klimareligion gestern die Säulen des Brandenburger Tors großflächig mit roter Farbe besprüht. Es wird höchste Zeit, dass hier Strafen verhängt werden, die wirklich abschrecken, ehe noch Schlimmeres geschieht.

#### 19. September '23

# Linke Tagträume zerstören unser Bildungssystem!

Die Linke hat in einem Papier zur Bildungspolitik unter anderem gefordert, Noten und Hausaufgaben in der Schule abzuschaffen. Das wäre der Todesstoß für unser bereits marodes Schulsystem, in dem die Leistungen ohnehin seit Jahren kontinuierlich sinken. Wie sollen Schüler auf ein Leben in der realen Welt, in der es nun einmal auch um Wettbewerb und Leistung geht, vorbereitet werden, wenn sie während ihrer Schulzeit nie damit konfrontiert worden sind? Wie sollen Lehrer beurteilen, ob die Lernziele erreicht wurden, wenn ihnen dafür kein Bewertungsmaßstab zur Verfügung steht? Einmal mehr zeigt sich hier, wie weltfremd linke Tagträume in der Regel sind und wie gefährlich für die Zukunft Deutschlands.

#### 20. September '23

# Wir fordern Nancy Faesers Rücktritt!

Die Liste der Verfehlungen von Frau Faeser ist zu lang, sie hier alle aufzuzählen.

Doch ihr selbstherrlicher und mutmaßlich rechtswidriger Umgang mit dem ehemaligen Chef des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, Arne Schönbohm, brachte das Fass endgültig zum Überlaufen. Die AfD-Fraktion im Bundestag hat

daher für heute eine Debatte über unsere Rücktrittsforderung an Frau Faeser angesetzt.

Die Entscheidung darüber wurde in namentlicher Abstimmung durchgeführt, so können Sie, werte Bürgerinnen und Bürger, selber nachsehen, welcher Ihrer Volksvertreter trotz Totalversagen an dieser Ministerin festhalten wollen.



# **BUNDESTAG: NAMENTLICHE ABSTIMMUNGEN**

#### 21. September '23

#### **Nichts als Theaterdonner!**

Nancy Faeser ist als Ministerin nicht mehr tragbar. Die AfD-Fraktion hat daher gestern einen Antrag in den deutschen Bundestag eingebracht, der den Rücktritt der Bundesinnenministerium fordert. Auf diesem Screenshot können Sie sehen, wie die Parteien abgestimmt haben.

Wenig überraschend ist hierbei das Abstimmungsergebnis der CDU/CSU: Nachdem im Vorfeld vollmundig Kritik an der Innenministerin geübt wurde, stimmte die Fraktion dafür, dass Faeser in ihrem Amt bleibt. Damit fällt sie nicht nur ihrem eigenen Parteikollegen Schönbohm in den Rücken, sondern demonstriert einmal mehr, dass sie vor allem eines kann: Theaterdonner. Damit sollte auch dem letzten klar



sein, dass es nur eine wählbare Alternative zur Politik der Altparteien gibt - und diese ist nicht die CDU. Auf dieser Seite können Sie das Abstimmungsergebnis abrufen: <a href="https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/id=870">https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/id=870</a>

#### 22. September '23

## Dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie

Während sich die Gastronomie- und Beherbergungsbranche noch längst nicht wieder von den Umsatz-Einbrüchen aufgrund der Coronamaßnahmen erholt hat, plant die Bundesregierung die Umsatzsteuer auf Gastronomieleistungen 2024 wieder auf 19 Prozent anzuheben.

Die höhere Umsatzsteuer werden die Unternehmen in Form höherer Preise an ihre Kunden weitergeben müssen - was zwangsläufig zu weniger Gästen führt, deren finanzielle Möglichkeiten durch die anhaltende Inflation ohnehin stetig reduziert werden. Die AfD fordert schon lange die unbefristete Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomiebranche.



Wir haben uns daher selbstverständlich dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (20/5810) angeschlossen und mit "Ja" gestimmt. Leider fand der Antrag im Bundestag keine Mehrheit. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung können Sie unter dem folgenden Link abrufen: <a href="https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=871">https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/?id=871</a>

# PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

#### Mittwoch

## Befragung der Bundesregierung mit Min. Nancy Faeser (BMI) & Min. Bettina Stark-Watzinger (Bildung & Forschung)

- Der parlamentarische Sitzungsbetrieb begann wie üblich am Mittwoch mit der Befragung der Bundesregierung. Da Christian Lindner krankheitsbedingt ausfiel, stieg Nancy Faeser (BMI) an seiner Stelle in den Ring und außerdem die Min. für Bildung und Forschung, Stark-Watzinger.
- Min. Faeser berichtete von Fortschritten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung:
- Auf der EU-Ebene solle nunmehr mit dem gemeinsamen europäischen Asylsystem nach mind. 8 Jahren ungebremster Zuwanderung endlich an den EU-Grenzen darüber entschieden werden, ob jemand Aussicht auf Asylrecht in der EU habe.
- Mit anderen Worten: Kein deutscher Grenzschutz in Sicht.
- Man habe "Migrationsabkommen" zur Rückführung z.B. mit Indien geschlossen
   Moldau und Georgien stehen vor dem Abschluss.
- Allerdings kommen doch gerade aus diesen Ländern nur ein Bruchteil der Flüchtlinge. Besonders ihr Satz: "Wir wollen Rückführungen erleichtern und Ausreisepflichtige konsequent abschieben" erinnert an den bekannten Satz im Arbeitszeugnis: Sie hat sich stets bemüht… Denn die Zahl der durchgeführten Abschiebungen beläuft sich in den letzten Jahren auf eine Zahl von rund 10.000, bei mind. 300.000 Ausreisepflichtigen.
- Richtigerweise konstatierte Min. Stark-Watzinger in ihren einführenden Worten, dass die Zinsbelastungen im Haushalt rund doppelt so hoch sind, wie der Etat des Bildungsministeriums. Allerdings meinte sie auch, dass trotz kleinerem Haushalt die geplanten 1 Mrd. € pro Jahr im sog. Startchancenprogramm für Brennpunktschulen gut investiert sind.
- Die Anhebung von BaföG-Sätzen parallel zu der respektablen Erhöhung von Bürgergeld ist allerdings kein Thema in die-

- sem Land, wir erkennen die Prioritätensetzung.
- Sie lobte das sog. "Wachstumschancengesesetz", das steuerliche Forschungsförderung ausweitet und Innovation in der Wirtschaft fördern soll.
- Wir hoffen, dass dann noch genug Firmen vorhanden sind, die diese Mittel nutzen können, denn das Stat. Bundesamt wies z.B. im Juli eine Zunahme der Insolvenzen in Deutschland ggü. dem Vorjahresmonat von 23,8% aus.
- Bei der Befragung von Faeser sowohl durch den CDU-Abgeordneten Oster, als auch der AfD-Abgeordneten Hess und Brandner konnte Min. Faeser, die zuvor im Innenausschuss zur Affäre Böhmermann/Schönbohm befragt worden war, die Vorwürfe gegen sie nicht aus der Welt schaffen, dass sie einen TV-Show-Detektiv wie Jan Böhmermann benutzt hatte, um einem missliebigen Mitarbeiter einer ihr unterstellten Behörde in der Öffentlichkeit eine unbegründete Politaffäre zu unterstellen.
- Martin Hess wörtlich: "It. aktueller INSA-Umfrage fordern 52 Prozent der Bürger unseres Landes Ihren Rücktritt. Wann treten Sie zum Wohle des Landes zurück?" Ein Teil Ihrer Antwort lautete: "...Mit Ihrer Politik schüren Sie Ängste in der Bevölkerung und haben vermeintlich einfache Antworten auf Fragen, auf die es aber keine einfachen Antworten gibt. Damit tragen Sie zu einer Spaltung in der Gesellschaft bei, und das bin ich nicht bereit zu akzeptieren."
- Deutlich wurde in der Befragung auch, dass sowohl der Etat des Gesundheitsministeriums, als auch der von Bildung und Forschung großzügige Mittel für die Erforschung von Long- und Post-Covid, sowie von ME/CFS bereitstellt, allerdings anscheinend kein Cent übrig ist für die Opfer der mRNA-Spritzungen, auch Post-Vac-Syndrom genannt.

Allgemeine Fragestunde mit dem Parl. Staatssekretär Sören Bartol aus dem Ministerium Wohnen, Stadtentwicklung

#### und Bauwesen

- Bartol stellte sich den kritischen Fragen,
   z.B. des AfD-Abgeordneten Schattner,
   der die Fakten auflistete:
- Die Genehmigungen für den Bau neuer Wohnungen gingen im Juli um 31,5% zurück, es gab nur Genehmigungen für 21.000 Wohnungen. Grund sind gestiegene Zinsen und Baukosten, der Chef von Vonovia spricht von einem Bedarf von etwa 1 Mio. Wohnungen pro Jahr auch wegen steigender Zuwanderung. Die Bundesregierung aber schafft nicht einmal 400.000 pro Jahr.
- Die Krise in der Bauwirtschaft erkannte Bartol an und erzählte vom neuen Arbeitskreis des Bundeskanzlers, nämlich dem Wohnungsgipfel und der Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau.
- Auf das Thema verschärfter Heizungshammer aufgrund der EU-Energie-Effizienz-Richtlinie, bei der bis 2030 allen Gebäuden mind. die Energie-Effizienzklasse E und bis 2033 D vorweisen müssen, ging Herr Bartol lapidar ein, dass es ja die Notwendigkeit gibt, die Klimaziele der Bundesrepublik zu erreichen bzw. einzuhalten.
- Als wären die drohenden Privatinsolvenzen, die Vernichtung von Existenzen, die hinter der eiskalten Vollstreckung dieser Bürokratiemonster stehen, völlig egal. Was hat diese Politik noch mit dem Wohl des Deutschen Volkes zu tun?

## Aktuelle Stunde auf Antrag der Ampel zum Thema Erdbeben in Marokko und Flutkatastrophe in Libyen

- Die Ampel sprach sich einmütig zu Nothilfe aus. Die in Lybien von Deutschland nach dem "Bürgerkrieg" erbauten Gesundheitsstationen können nun durch die Helfer genutzt werden.
- Stefan Keuter von der AfD wies auf den Sachverhalt hin, dass die USA Lybien 2011 in die Steinzeit gebombt haben, nun Hilfsgelder vielleicht für die Wartung von Staudämmen veruntreut werden könnten, und Marokko Hilfsleis-

tungen von Deutschland erst gar nicht annehme aufgrund der ungelösten "West-Sahara-Frage".

## Vereinbarte Debatte zum 1. Todestag der iranischen Freiheitskämpferin Jina Mahsa Amini, die kein Kopftuch tragen wollte

- Diese Debatte offenbarte wieder die Heuchelei in Fragen von Frauenrechten im Zusammenhang mit politischen Zweckmäßigkeiten:
- Während die Ampel die grausame Unterdrückung der Frauen im islamischen Iran als Vorwand nimmt, das mit Russland kooperierende Iran zu sanktionieren, werden Unterdrückung von Frauen, Burka-Tragen, Kinder- und Vielehen und horrend steigende Gewalt in ganz Deutschland durch fundamental moslemische Einwanderer unter den Tisch gekehrt.
- "Das Problem ist der Islam", so Jürgen Braun in seiner Rede.

# Antrag 20/8411 der AfD-Fraktion: Rücktritt von Innenministerin Nancy Faeser

- Die AfD-Fraktion forderte Faesers Rücktritt, da die offiziellen Ermittlungsergebnisse gegen Arne Schönbohm, den Ex-Präsidenten des BSI, nichts Belastendes gegen ihn hervorgebracht haben.
- Womit die AfD gem. der zuvor genannten INSA-Umfrage ja 52% der Bevölkerung aus der Seele sprach.
- Auch der CDU-Redner Oster, der in der Befragung die Ministerin stark kritisiert hatte, bestätigte in seiner Rede, dass Min. Faeser vielleicht ihrem Amt nicht gewachsen sei.
- In der namentlichen Abstimmung zum Antrag wurde dann aber wieder die imaginäre Brandmauer der CDU hochgezogen:
- Das gesamte Parlament war sich darin einig, den Faeser-Skandal folgenlos bleiben zu lassen und den AfD-Antrag abzuschmettern.

#### **Donnerstag**

Am Donnerstag brachte die CDU ein Konkurrenzkonzept zum Ampel-Vorhaben "Kindergrundsicherung" mit dem Titel

# "10-Punkte-Kinderzukunftsprogramm" (20/8399) in erster Lesung ins Plenum.

- Das Kabinett hat seinen entsprechenden Gesetzesantrag noch bzgl. der Kinder, welche auch bereits Bürgergeld beziehen in der Bearbeitung. Auch beim Asylbewerberleistungsgesetz hake es noch.
- Geschätzte Kosten des Ampel-Modells "Kindergrundsicherung" für den Steuerzahler: 2 Mrd. €.
- Martin Reichardt, AfD: "Es ist ein Hohn, wenn die CDU über die Zukunft von Kindern redet. Mit der Politik der offenen Grenzen mussten hunderte Kinder in Deutschland ihr Leben lassen."
- Es folgte Überweisung in den Ausschuss.

#### Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD, Thema: "Massenmigration stoppen, Grenzen sofort schützen"

- Die von der AfD beantragte Aktuelle Stunde aufgrund der erschreckenden Zustände auf Lampedusa fand wieder einmal positive Resonanz bei der CDU, die allerdings noch in der letzten Legislatur fleißig an der Erschaffung des Migrantenchaos in Deutschland gebastelt hatte.
- Philipp Amthor, CDU, meinte 600 Illegale am Tag wären zu viel, während die FDP eine sog. "Intelligente Schleierfahndung" forderte.
- Die Grünen sprachen tatsächlich die Wahrheit offen aus: Denn auch bei Grenzkontrollen werde niemand, der "Asyl" sagt, abgewiesen und sie betonten, welch große Errungenschaft der Ampel mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz gelungen sei, das nun wohl, so scheint es, im Umkehrschluss die Probleme der Asylantenflut aufhebt.
- Eben grüne Logik, wie auch: "Frieden schaffen mit Waffen."
- Nur mit der AfD gibt es ein Ende der ungezügelten Einwanderung mit massenhaftem Nachzug in unsere Sozialsysteme, denn die Pullfaktoren werden dann abgestellt.

Zweite und dritte Lesung des Energieeffi-

#### zienzgesetzes (20/6872)

- Dieses wurde schließlich in der namentlichen Abstimmung nur mit Stimmen der Ampel gegen die einige Opposition beschlossen.
- Die AfD hatte es vor der Sommerpause auf Grundlage der Geschäftsordnung des Bundestages verhindern können: Die Nichtbeschlussfähigkeit des Plenums musste von der Präsidentin nach einem Hammelsprung festgestellt werden, und das obwohl die Block-Fraktionen in der halbstündigen Wartepause bis zur Abstimmung noch vehement Kollegen aus dem Weg in den Urlaub zurückbeordert hatten.
- Als ob uns die aktuell drohenden CO2-Zuschläge nicht schon genug finanziell erschüttern würden. (Ab 01.01.24 eine CO2-Abgabe-Erhöhung auf 40 € auf Öl, Gas, Benzin, Diesel, was voraussichtlich 10 Ct. mehr pro Ltr. Benzin und 12 Ct. pro ltr. Diesel bedeutet, zzgl. 200 € pro Tonne CO2 als Mauterhöhung, die den Verbraucher direkt um 7,62 Mrd. € belasten wird).
- So verlangt dieses Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie Energieeinsparmaßnahmen bis 2030 von 50 Terrawattstunden, was erneut tief in die Taschen der Bürger greifen wird.
- Steffen Kotré hierzu: "Die Energieeffizienz in Deutschland ist ausgereizt."
- In der namentlichen Abstimmung war sich die Opposition gegen die Ampel-Koalition erneut einig, unterlag allerdings aufgrund vorhandener Mehrheit der Ampel.

# In der zweiten Lesung ging es um einen Gesetzesentwurf der CDU zum Thema: Dauerhaft ermäßigter Umsatzsteuersatz von 7 Prozent auf Speisen im Restaurant

- Dies wurde in namentlicher Abstimmung durch Mehrheit der Koalition gegen die geschlossene Opposition abgelehnt (20/5810).
- Die Senkung war zum 1. Juli 2020 während der Corona-Maßnahmen eingeführt worden.
   Die Haushaltskassen sind nun mal leer.



#### Das von der Bundesregierung eingebrachte Haushaltsfinanzierungsgesetz 20/8289 wurde an den Ausschuss überwiesen.

 Peter Boehringer listete erneut auf, welche unsinnigen Finanzierungstricks diese Regierung anwendet. So wird der Klima- und Transformationsfonds (KZF-Sondervermögen) ermächtigt, ausländischen Chipherstellern Subventionen zu bezahlen, oder das "Sondervermögen" Bundeswehr, aus dem künftig unzulässigerweise auch Instandhaltungen bezahlt werden sollen.

# Gegen 23:00 Uhr wurde der Fortschrittsbericht 2019 bis 2022 der Bundesregierung zum Thema Fortschritte der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016 bis 2026 (20/8200) debattiert.

- Und die späte Stunde war das auch besser so, denn man muss sich mittlerweile in Deutschland für den Niedergang des Bildungsniveaus schämen, das bei der Alphabetisierung anfängt.
- Nicole Hoechst in ihrer Rede: "Der Analphabetismus in Deutschland gerät mit der ungesteuerten Zuwanderung zu einem importierten Problem."

#### **Freitag**

## Am Freitag unterrichtete die Bundesregierung über die "Nationale Wasserstoffstrategie" (20/7910).

- Bis 2030 sollen 10 Gigawatt Wasserstoffkapazität in Deutschlanderreicht werden, so Marc Bernhard, AfD, und: "Die größte Wasserstofffabrik in Deutschland hat aber eine Kapazität von unter 10 Megawatt. D.h. in den nächsten 6 Jahren müssten mind. 1000 neue Werke gebaut werden, also mind. alle zwei Tage ein Werk. Das ist ein absurdes grünes Hirngespinst."
- Dabei sollen aber nur bei uns nur 30% der erforderlichen Wasserstoffmenge in Deutschland produziert werden, der Rest kommt aus Afrika, z.B. Namibia. Das bedeutet Wasserstoff mit Strom herstellen, diesen auf -252 Grad herunterkühlen, in Ammoniak umwandeln, mit Schweröltankern nach D transportieren und in ein nicht vorhandenes Wasserstoffnetz einspeisen, und dabei geht auch noch 75% der Energie verloren, die wir aber trotzdem bezahlen müssen...
- Der Irrsinn könnte noch weiter ausgeführt werden. Die Lösung lautet:
- Vorhandene Kernenergie weiterhin nutzen.

# In erster Lesung brachte die CDU einen Antrag auf Lockerung des Schutzstatus von Wölfen ein (20/8405).

- Es sollen, laut Antrag, nicht nur Problemwölfe gejagt werden dürfen, sondern die Populationen durch gezielte Bejagung begrenzt werden dürfen.
- Andreas Bleck, AfD, untermauerte die Argumente der CDU und erklärte: Brandenburg und Niedersachsen gehören mittlerweile zu den Regionen mit der höchsten Wolfsdichte der Welt. Er forderte auch die FDP auf, sich in einer Sofortabstimmung dem Antrag anzuschließen, hatte es doch von der FDP in der letzten Legislatur als Opposition schon einen gleichlautenden Antrag gegeben.
- Im Gegensatz zu den Brandmauern-Bauern stimmt die AfD Anträgen der anderen Fraktionen gerne zu, die sachlich und fachlich richtig sind.
- Zu einer Sofortabstimmung kam es nicht, sondern zu Überweisung in die Ausschüsse.

Einige weitere Anträge aus erster Lesung mit weniger Brisanz aus dieser Woche werden in den kommenden Berichten behandelt.







**22. September 23**: Vielen Dank für die Einladung zu einem sehr informativen und gut besuchtem Abend mit meinem Kollegen Martin Renner aus dem Bundestag und dem AfD Gebietsverband Saalfeld-Rudolstadt.



Mein dieswöchiger Bericht aus Berlin mit aktuellen Themen wie: Nancy Faeser, der geplanten Mehrwertsteuererhöhung für die Gastronomie, sowie einem Veranstaltungshinweis.

Das komplette Video können Sie unter folgendem Link abrufen: https://www.facebook.com/AfDKaufmann/videos/803436844868159/?locale=de\_DE



Über die Klimakleber und "Schmierfinken" am Brandenburger Tor:

<u>https://www.facebook.com/</u> reel/1486270262213764

#### Wahlkreis-Schlagzeilen der Woche

- Pößneck: Demo zum Erhalt des Pößnecker Krankenhauses mit 1000 Teilnehmern. Redner: CDU Abgeordneter, Bürgermeister, AfD-Abgeordneter; Landrat erhielt Buh-Rufe: <a href="https://www.otz.de/regionen/poessneck/poessneck-an-der-demo-zum-erhalt-des-krankenhauses-sollen-fast-1000-menschen-teilgenommen-haben-id239611517.html">https://www.otz.de/regionen/poessneck/poessneck-an-der-demo-zum-erhalt-des-krankenhauses-sollen-fast-1000-menschen-teilgenommen-haben-id239611517.html</a>
- Ein Tüftler erfindet Hybridheizung, hat einen Altbau selbst umgebaut und spart damit die nächsten Jahre den Ölkauf:

https://www.tlz.de/leben/ratgeber/heizung-waermepumpe-oelheizung-heizoel-verbrauch-reduzieren-id239592129.html



#### 24. September '23

#### Nordhausen

Es hat leider nicht gereicht.

Trotzdem Respekt für meinen geschätzten Kollegen Jörg Prophet, der bei der Stichwahl zum Oberbürgermeister in Nordhausen gegen eine Koalition aller anderen Parteien immerhin 45,3 Prozent der Stimmen geholt hat. Erstaunlich ist, dass die Nordhausener offenbar erneut einen Kandidaten ins Rathaus gewählt haben, der schon einmal entfernt wurde und sich wieder zurückgeklagt hatte. Das war keine Überzeugungswahl, sondern ein Allparteien-Kartell mit dem einzigen Zweck den AfD-Kandidaten zu verhindern. Umso achtbarer das Ergebnis für Jörg Prophet. Aber derartige Allparteien-Kartelle werden in Zukunft immer seltener funktionieren.



Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 39/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

# KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



29. September '23

Gute Nachrichten für das Wahrzeichen im grünen Herzen Deutschlands: 4,925 Millionen € vom Bund für die Teilsanierung der Wartburg!

Mit Zufriedenheit durften wir feststellen, dass Thüringen diesmal bei den Zuschüssen des Bundes für Investitionen in Kultur und Baudenkmäler mit drei wichtigen Projekten bedacht worden ist.

Zusammen mit meinem Kollegen Marcus Bühl habe ich mich im Haushaltausschuss für die Wartburg in Eisenach eingesetzt und wir freuen uns, dass nun vom Bund 4,925 Millionen Euro für die

Teilsanierung dieses Wahrzeichens im Grünen Herz Deutschlands bereitgestellt werden. Weitere 1,3 Millionen gehen an das Kultur-Quartier Schauspielhaus in Erfurt und die Sendehalle Weimar - Campus des Lebens fördert der Bund mit rund 5,2 Millionen Euro. Dennoch ist Thüringen mit seiner langen und bedeutenden Geschichte hier oft noch unterrepräsentiert. Proportional zum Anteil an der Gesamtbevölkerung wären Zuschüsse in Höhe von mindestens 7,5 Millionen angemessen.

Dieser Wert wurde in der Vergangenheit oft nicht erreicht, auch wenn er erfreulicherweise im vorliegenden Beschluss sogar übertroffen wurde. Hierbei sind aber auch die Kommunen in der Verantwortung, geeignete Förderanträge zu stellen.



# "Grüner Stahl" und trotzdem im Stich gelassen!

Erst im Februar war der Ostbeauftragte der Bundesregierung im Stahlwerk in Unterwellenborn und hat die dortige Produktion überschwänglich gelobt, weil man es geschafft hat, mit den europaweit niedrigsten CO2-Emissionen zu produzieren. Doch obwohl in Unterwellenborn ganz im Sinne der Regierung "Grüner Stahl" produziert wird, bringt die Energiepolitik das Werk in Schwierigkeiten. Darum hat der Stahlproduzent gemeinsam mit der IG Metall am Montag einen Brandbrief an die Landesregierung veröffentlicht, in dem ein Industriestrompreis gefordert wird, um dem internationalen Preis- und Wettbewerbsdruck standhalten zu können.

Ein Industriestrompreis ist jedoch nichts anderes als Kosmetik, um mit Steuergeldern das Totalversagen der Bundesregierung in der Energiepolitik zu kaschieren. Statt teurer Subventionen braucht Deutschland Energie, die von vornherein zu wettbewerbsfähigen Preisen produziert wird. Wenn man, wie die Bundesregierung, an den selbst gesteckten Klimazielen festhalten und gleichzeitig wettbewerbsfähig bleiben will, führt daher kein Weg am Wiedereinstieg in die Kernenergie vorbei.



#### 28. September '23

## Cum-Ex-Skandal: Soll Chefaufklärerin aus dem Weg geräumt werden?

Nachdem zuletzt Frau Faeser den Leiter des Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, mutmaßlich widerrechtlich, seines Amtes enthoben hatte, verfährt der grüne Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Benjamin Limbach, nun nach einem ähnlichen Muster.

Er hat die bisher äußerst erfolgreich arbeitende Chefaufklärerin des Cum-Ex-Skandals, in den möglicherweise auch Bundeskanzler Olaf Scholz verstrickt sein könnte, Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker, faktisch entmachtet. Auch hier gibt es, wie schon im Fall Schönbohm/Faeser, starke Indizien dafür, dass die gegen Frau Brorhilker

erhoben Vorwürfe völlig haltlos sind. Man bekommt immer mehr den Eindruck, dass sich rot-grüne Minister mittlerweile berechtigt fühlen, sich in Gutsherrenmanier über Recht und Gesetz hinwegzusetzen, um unliebsame Beamte aus dem Weg zu räumen. Im Fall Brorhilker könnte man zudem auf den unfassbaren Gedanken kommen, dass hier versucht wird, Beteiligte am Cum-Ex-Skandal vor allzu intensiven und erfolgreichen Ermittlungen zu schützen.

Quelle: Tagesschau-Bericht vom 22.09.23



# PRESSEMITTEILUNG



#### 27. September '23

# Kein Geld für Opfer der Covid-Impfungen?

Während der Haushalt 2024 des Gesundheitsministerium 40 Millionen Euro für die Erforschung von Long-Covid bereitstellt, ist weder beim Gesundheitsministeriums noch beim Forschungsministerium Geld dafür vorgesehen, Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten für die langfristigen Nebenwirkungen der Covid-Impfungen (Post-Vac) zu erforschen.Dazu erklärt der forschungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Prof. Michael Kaufmann:

"Wie ich bereits im März in einer Rede im

Deutschen Bundestag deutlich gemacht habe, ist bisher lediglich erwiesen, dass in Folge der Coronapandemie eine Vielzahl zusätzlicher, ungeklärter Krankheitsfälle zu verzeichnen sind. Wissenschaftliches Vorgehen würde bedeuten, zunächst einmal die Ursachen dieser Krankheitsbilder ergebnisoffen zu erforschen. Stattdessen geht der Gesundheitsminister hin und ordnet diese willkürlich dem Long-Covid-Syndrom zu. Die Folge ist, dass im Haushalt 2024 auch nur Mittel für die Erforschung von Long-Covid bereitgestellt werden. Für die vielen Menschen in unserem Land, die nachweislich unter den Folgen einer Covid-Impfung leiden ist dies ein Schlag ins Gesicht und eine unmenschliche Missachtung ihrer Leiden.

Gemeinsam mit den Kollegen Martin Sichert, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, sowie Marcus Bühl,

Berichterstatter für den Einzelplan Bildung und Forschung im Haushaltsausschuss, fordere ich daher im Rahmen der Haushaltsberatungen, neben den 40 Millionen für die Long-Covid-Forschung auch 20 Millionen Euro für die Erforschung des so genannten Post-Vac-Syndroms zur Verfügung zu stellen. Das wäre das mindeste, was wir für die vielen Menschen tun können, deren Gesundheit durch die Covid-Impfung nachhaltig geschädigt worden ist.

Wir brauchen endlich eine umfassende Aufklärung über das tatsächliche Risikoprofil der Covid-Impfung. Ohne ausreichende Mittel für die Forschung kann das nicht gelingen."

Marcus Bühl, Berichterstatter für den Einzelplan Bildung und Forschung im Haushaltsausschuss ergänzt:

"Es ist sehr wichtig, dass sich die Forschung auf diesen Bereich konzentriert. Daher unterstütze ich ausdrücklich diesen Antrag im Haushaltsausschuss."



#### 27. September '23

#### Wir müssen die deutsche Forschung entfesseln!

In meiner heutigen Rede habe ich mich dafür eingesetzt, bürokratische Hindernisse zu beseitigen, die deutsche Forschungsinstitute daran hindern, Spitzenforschern auch wettbewerbsfähige Gehälter zu zahlen.

Wir müssen die deutsche Forschung entfesseln, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen.

Video-Link: Meine Rede im Bundestag

# PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

#### Dienstag

## AfD-Klage vor dem Landgericht Hamburg gegen das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), wegen Falschbehauptungen

- Der Justiziar der AfD-Fraktion hatte in einer der letzten Pressekonferenzen von einer erfolgreichen Klage vor dem Landgericht Hamburg gegen das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), wegen Falschbehauptungen berichtet:
- Am RND ist die SPD beteiligt, nämlich (vereinfacht ausgedrückt) in einer verschachtelten Firmenkonstellation: Zunächst über die 100%-ige Beteiligung an der DDVG, und diese als Kommanditist an der Madsack GmbH & Co. KG, welche wiederrum der Mutterkonzern vom RND ist.
- RND ist eine große deutsche Nachrichtenagentur. Der diesbezügliche Bericht wurde in wesentlichen Teilen vom Gericht verboten. Bezeichnend ist, dass allerdings Stand heute, noch der Original-Artikel des RND mehrfach unter verschiedenen Publikationen gegoogelt werden kann, der Klage-Erfolg der AfD-Fraktion jedoch nicht auffindbar ist, es sei denn, man sucht direkt auf der Website des Abg. Brandner.
- Die Beteiligungen der SPD im Medienbereich sind schier undurchschaubar. Auch andere Parteien haben viele Beteiligungen an Verlagshäusern, welche bislang in den Rechenschaftsberichten der Parteien nicht veröffentlicht auftauchen. In den entsprechenden Blättern gibt es ebenfalls keinen Hinweis hierauf.
- In diesem Kontext lässt die am Dienstag in der PK vorgestellte Organklage der AfD-Fraktion erahnen, welche Ausmaße der Einfluss der Parteien auf Medien und Öffentlichkeit angenommen hat.
- Sachverhalt: Der Abgeordnete Martin Renner hatte im Frühjahr d.J. durch eine Anfrage an die Bundesregierung einen veritablen Skandal aufgedeckt, der in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fand. Mehr als 200 Journalisten der ÖR Rundfunkanstalten, so die Auskunft, hatten über

## einen Zeitraum von 5 Jahren insg. 1,4 Mio. € Honorare zusätzlich durch Moderations-Engagements der Bundesregierung eingenommen.

- Vieles blieb damals im Dunkeln, auch weitere Anfragen verschleierten die Fakten mehr, als sie erhellten, Beträge variierten von Fall zu Fall, Namen waren geschwärzt.
- Nun reicht die Fraktion wieder einmal Klage ein, diesmal eine Organklage, mit dem Inhalt, wahrheitsgemäß erfahren zu wollen, welche Journalisten des ÖR Rundfunks in welcher Höhe zusätzlich aus der Staatskasse alimentiert werden.

# Die Woche wurde beherrscht vom Regierungsterminus: "Strategie".

• Da gab es die China-Strategie, die Datenstrategie, Nationale Strategie für Soziale Innovationen..., oder die Start-up-Strategie. (En vogue sind auch: Die Datenstrategie, die Nachhaltigkeitsstrategie, die Zukunftsstrategie Forschung und Innovation, die KI-Strategie, die Gleichstellungsstrategie, Strategie zur Extremismusprävention und weitere)

#### Mittwoch

## Befragung der Bundesregierung mit Finanzminister Lindner und Ministerin Schulze (Ministerium für "Zusammenarbeit & Entwicklung")

- Peter Boehringer veröffentlichte erschreckende Zahlen: Der bereits festgezurrte 7-jährige Finanzrahmen der EU, der bereits mit über 2 Billionen € ausgestattet ist, reicht wohl nicht aus, es stehen Nachforderungen zwischen 76 bis 97 Mrd. € von den Mitgliedstaaten im Raum.
- Min. Lindner versicherte mit etwas kryptischen Worten, einem solchen Ansinnen der Kommission entgegentreten zu wollen. Im Zuge seiner Aussage enthüllte er auch, dass Fr. von der Leyen Planungen hegt, direkt auf die nationalen Unternehmenssteuern zugreifen zu wollen, denen er entgegen treten wolle.
- Die Pendlerpauschale anzuheben, steht

- nicht auf seiner Agenda. Dies hatte Kay Gottschalk, AfD, vor dem Hintergrund der hohen Inflation und der kommenden Preisschocks aufgrund von CO2-gebundener Mauterhöhung und CO2-Abgabenerhöhung gefordert.
- Der KfW-Zinssatz für Studienkredite habe sich innerhalb kurzer Zeit mehr als verdoppelt, so der Abg. Jan Wenzel Schmidt (während das Bürgergeld innerhalb zwei Jahren um 25% angehoben wird), aber hier könne der Minister nicht eingreifen, der EZB-Leitzins gebe die Politik der KfW vor.
- Stephan Brandner rügte die vorzeitige Rückabwicklung der Senkung der Mehrwertsteuer von 7 auf 19% auf Gas und Fernwärme schon zum Ende des Jahres, also drei Monate eher, als versprochen.
- Die Frage des Abg. Albrecht Glaser und die Antwort hierauf von Min. Lindner waren zumindest aufklärend, wenn auch schockierend: 55 Mrd. € jährlich für die Kosten der illegalen Migration für die deutsche Volkswirtschaft seien wohl "etwas" zu hoch gegriffen, so Lindner.

# Der folgende Einwurf sei an dieser Stelle erlaubt:

 Prof. Weyel konstatierte dem deutschen Volk im Abendsymposium "Ein Jahr nach Nordstream" (Link: <u>Vortragsabend</u> <u>Ein Jahr nach Nord Stream - AfD-Fraktion im Bundestag</u>) am Dienstag Abend eine unerklärliche Duldungsstarre. Man kann also die deutsche Infrastruktur zerstören, man kann die Wirtschaft zerstören, man kann illegalen Einwanderern die Sozialsysteme öffnen, man kann die Menschen krank impfen, man kann die Luft zum Atmen besteuern und keiner rührt sich.

# Die nachfolgende Fragestunde behandelte erneut das Ressort Wohnen, Stadtentwicklung.

 Die Abgeordnete der LINKEN Lay begrüßte hier das Zusammenrücken der nungstausch.

## In erster Lesung wurde der CDU-Antrag eingebracht: "Flexibilisierung des Besserstellungsverbotes für gemeinnützige Forschungseinrichtungen ermöglichen" (20/7589)

- · Der Antrag sieht vor, gemeinnützige, nicht vom Bund finanzierte Forschungseinrichtungen vom Besserstellungsverbot für Beschäftigte auszunehmen und damit die Benachteiligung zu beenden.
- · Prof. Michael Kaufmann in seiner Rede: "Befreien Sie die deutsche Forschungslandschaft von überflüssigen Beschränkungen!" - ein freies Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte sei auch im deutschen Hochschulsvstem im Kampf um beste Köpfe und beste Ergebnisse wünschenswert.
- Es erfolgte Überweisung an den Ausschuss Bildung und Forschung.

## Danach folgte der "Erste Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Start-up-Strategie der Bundesregierung" (20/8450).

- Enrico Komning lenkte den Blick auf das Wesentliche: Auch in diesem Bereich helfen keine sozialistisch-dirigistischen Eingriffe mit Frauenquoten, die Zahlen beweisen es: "70 Prozent der Start-ups in Deutschland überleben die ersten drei Jahre nicht. Fast 80 Prozent der bestehenden Start-ups wissen nicht, wie sie die kommenden zwei Jahre überbrücken sollen. 34 Prozent überlegen, wegen des Kapitalmangels ihren Sitz ins Ausland zu verlegen", der Bürokratismus ist ein möglicher Todesstoß für freie marktwirtschaftliche Entfaltung, wie auch die weltweit höchsten Steuern und Abgaben. Das Klein-Klein muss ein Ende haben: Weniger Regulierungswut, mehr Wagniskapital und positives Gründerklima.
- · Der Wirtschaftsausschuss berät federführend.

Ein brillanter Vorschlag zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung (20/8529) von der AfD wurde in erster Lesung beraten

- deutschen Familien z.B. durch Woh- Dieser wurde als Gegenstück des willkürllich zusammengesetzten und demokratisch nicht legitimierten Konzeptes der Bürgerräte eingebracht:
  - In Zukunft soll es eine sog. Bürgerstunde im Bundestag auf Verlangen einer Fraktion für Petitionen, die mehr als 100.000 Mitzeichner haben, geben. Dann sollen in einer 60minütigen Aussprache die Fraktionen zu Wort kommen. Der Vorschlag ist sogar so brilliant, dass die GRÜNEN sich nicht schämten, nur wenig zeitversetzt mit einem ähnlichen Vorschlag nachzuziehen.
  - Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

#### **Donnerstag**

#### Debatte über die Unterrichtung der Bundesregierung über die China-Strategie (20/7770).

- Annalena Baerbock, die sowohl von den Rednern Markus Frohnmaier, als auch Petr Bystron auf ihre diversen Fauxpas in sprachlicher und diplomatischer Hinsicht angesprochen wurde (z.B. "China, das hunderttausende von Kilometern entfernt" läge...) erklärte, man könne Lithium in Zukunft auch direkt von Australien beziehen, dem weltweit größten Erzeuger, anstatt den deutschen Bedarf wie bisher zu 90% aus China zu decken. welches das Lithium zuvor von Australien bezogen hat.
- Die Bezeichnung Chinas als systemischen Rivalen und eine handelspolitische Abwendung (mit gleichzeitiger Annäherung an Indien) zeigt aber deutlich, dass es keineswegs um die Verbesserung der Beziehungen zu China, dem Verbündeten Russlands geht, sondern "dieses China-Papier [...] die Grundlage einer neuen Abgrenzung" sei, so Petr Bystron in seiner Rede. Das Blockdenken ist wieder salonfähig und Deutschland folgt den USA blind, die um ihre weltweite Dominanz fürchten.

#### Debatte über die Datenstrategie der Bundesregierung (20/8260) in erster Lesung.

- · Staatssekretär Saathoff, SPD wollte gleich "mehr Datennutzung wagen", das Ministerium wolle mehr Datenaustausch, auch mit Wirtschaft und Bür-
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss.

Bereits in der ersten Lesung wurde der AfD-11-Punkte-Plan (20/6485) zum Sofortschutz vor ungeregelter Massenimmigration in namentlicher Abstimmung gegen die AfD abgelehnt.

- Er hatte unter anderem gefordert:
- · Sofortige temporäre Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen, Prüfung von Asylanträgen, strenges Sachleistungsprinzip für Asylbewerber anstatt Geld, Umsetzung der Rückführung ausreisepflichtiger abgelehnter Asylbewerber, usw.
- Martin Hess, AfD wörtlich: "Wir erleben keinen Kontrollverlust, sondern einen Kontrollverzicht zum Schaden des Landes."

Das Murmeltier ließ grüßen bei den turnusmäßig von der AfD anberaumten Wahlen zum Amt des Bundestagsvizepräsidenten und zur Mitgliedschaft im Parlamentarischen Kontrollgremium.

· Hannes Gnauck und Gereon Bollmann wurden abgelehnt, die AfD ihrer parlamentarischen Rechte erneut beraubt.

## Die CDU beantragte eine Aktuelle Stunde zur deutschen Migrationspolitik und teilt nun plötzlich Positionen der AfD.

- · Auch "Blckrock-Merz" hat, wie man diese Woche in der Presse erfahren konnte, gegen die empörende Bevorzugung von Migranten gewettert, weil der Steuerzahler deren Gebiss saniert, während der deutsche Bürger in die Röhre schaut.
- Alexander Dobrindt warf der Ampel vor, nicht mal an den EU-Außengrenzen stationäre Grenzkontrollen zuzulassen.
- Dr. Gottfried Curio erinnerte an die unter dem Radar der Öffentlichkeit zusätzlich laufenden Aufnahmeprogramme der EU des soa. "Resettlement" und kritisierte den CDU-Sinneswandel scharf: "Hätten Sie selber im Amt nur die Hälfte



- davon umgesetzt, (was sie jetzt fordern) sähe es doch heute hierzulande ganz anders aus."
- Und mal am Rande: 8 Mio. € für Schlepper und Schleuser sind im Bundesetat von 2023 bis 2026 vorgesehen: <a href="https://taz.de/Fluechtlingspolitik-im-Haushaltsausschuss/!5894549/">https://taz.de/Fluechtlingspolitik-im-Haushaltsausschuss/!5894549/</a>.

#### **Freitag**

Der Freitag begann mit der ersten Lesung zu einer weiteren Strategie, nämlich der Strategie der Bundesregierung für soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen (20/8372).

- Und was diese Papiere schon vom Titel her implizieren, das tun sie tatsächlich: Sie sind Bevormundung und ein Desaster für Deutschland.
- Das Land wird transformiert hin zur Planwirtschaft, so Dr. Malte Kaufmann sinngemäß in seiner Rede.

#### Antrag "Eindämmung der "Clankriminalität" (20/8526) der CDU-Fraktion in erster Lesung

- Im Antrag forderte sie unter anderem eine Null-Toleranz-Politik gegenüber dieser Art der Kriminalität.
- Bernd Baumann empörte sich zurecht über die Plagiatmentalität der CDU kurz

- vor wichtigen Wahlen.
- Wir hoffen, dass die Wähler auch diesbezüglich ein gutes Gedächtnis haben.

## Zum Sitzungsende am Freitag wurden gleich zwei Anträge der LINKEN in letzter Lesung zum Thema "Bildungsoffensive in Deutschland mehrheitlich abgelehnt:

- Im ersten Antrag (20/678) forderten sie zusätzliche Lehramtsstudienplätze (es fehlen ca. 50.000 Lehrkräfte bundesweit, so Götz Frömming), die Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Land in der Bildung und Standardisierung von Zugangsvoraussetzungen für Quereinsteiger.
- Die Wurzel des Problems hatten die Linken allerdings nicht erkannt: Das Schulsystem, Lehrer und deutsche Schüler werden mit einer Flut von Problemen durch ungebremste Zuwanderung überfordert.
- Im zweiten Antrag wurde ein Sondervermögen "Schule" über 100 Milliarden
   € aufgrund des immensen Sanierungs und Investitionsstaus an Schulen und
   Hochschulen gefordert (20/5821).
- Die AfD-Fraktion sieht hier einen weitaus höheren Bedarf, Fachleute sprechen von 40 bis 60 Mrd. €.
- Götz Frömming in seiner Rede sinngemäß: 100 Mrd. € Sondervermögen Bun-

deswehr sind dem Kanzler wichtiger, als Bildung für die Zukunft unseres Landes.

Im Mai hatte die Ampel ihren Antrag 20/6709 auf Einsetzung eines "Bürgerrates" in namentlicher Abstimmung gegen die Ablehnung von AfD und CDU durchsetzen können.

- Zunächst soll dieses Gremium zum Thema Ernährung, Nachhaltigkeit, Klima und Tierhaltung bis Februar 2024 ein sog. Bürgergutachten erstellen und somit gem. Vorstellung der Ampel mehr direkte Bürgerbeteiligung ermöglichen. Tatsächlich wird hiermit aber ein scheindemokratisches Gremium eingeführt.
- Götz Frömming damals in seiner Rede:
   Die Bürgerräte haben wir bereits, denn sie sitzen hier im Parlament.

Am Freitag erfolgte nun die feierliche Einsetzung des ersten, ausgelosten Bürgerrates zum Thema "Ernährung im Wandel".

- Wir sind sehr gespannt auf die Entwicklungen in diesem Themenbereich.
- Auch vor dem Hintergrund, dass FAO, WHO und auch die EU-Kommission im Hintergrund an bindenden Regelungen im Bereich Nahrungsergänzung arbeiten.





**26. September 23**: Ein Jahr nach Nord Stream. Angriff auf Deutschland und keine Spur einer Aufklärung. Die AfD-Fraktion führt heute zum Jahrestag des Angriffs eine Informationsveranstaltung im Bundestag durch. Kein Vergessen! Aufklärung - Reparatur - Wiederbetrieb Jetzt!



Mein dieswöchiger Bericht aus Berlin mit aktuellen Themen wie: Nordstream, Cum-Ex, Petition und den aktuellen Terminankündigungen für meinen Wahlkreis.

Das komplette Video können Sie unter folgendem Link abrufen: <a href="https://www.facebook.com/watch/?v=7038011752954265">https://www.facebook.com/watch/?v=7038011752954265</a>



#### 29. September '23

Das "Zielfoto" zum Ende der Plenarsitzung im Bundestag am Freitag.

Jetzt geht's ab zum Bürgerstammtisch nach Saalfeld, 18:30 Uhr in der "Pfanne". Weitere Termine in Ihrer Nähe finden Sie in diesem Wochenrückblick auf der letzten Seite.

# UMFRAGE DER WOCHE

#### 28. September '23

Die Menschen wollen nicht gendern und pfeifen auf die Brandmauer. Eine deutliche Mehrheit hat sich in einer aktuellen Civey-Umfrage dafür ausgesprochen, dass die CDU in Thüringen das Verbot des Genderns in Schulen und Verwaltungen auch mit Unterstützung der AfD durchbringt. Da kann sich Herr Merz noch so ereifern, die Menschen im Land wollen eine seriöse, vernunftgeleitete Politik zum Wohle der Bürger und interessieren sich immer weniger für irgendwelche imaginären Brandmauern.



# WAHLKREISSCHLAGZEILEN DER WOCHE

- Die IHK Erfurt hat Forderungen zwecks Energieversorgungssicherheit an die Politik gestellt: Unter Thüringer Unternehmen herrscht schlechte Stimmung aufgrund der Energiepreise
- Streik: Am Mittwochnachmitteg war ein Großteil der Apotheken wegen Medikamenten-Lieferengpüssen, fehlender Förderung und Angst vor künftigen Schließungen geschlossen
- Verbraucher beklagen, dass die Energieversorger die Energiepreisbremse gar nicht berücksichtigen und viel zu viel verlangen
- Pünktlich zum Herbstbeginn werden wieder "Corona-Maßnahmen-Empfehlungen" medial losgetreten, und unter anderem Impfungen empfohlen
- 5-G Abdeckung: Thüringenweit sind 88 % erreicht













Prof. Dr.-Ing.

# Michael Kaufmann, MdB

www.Kaufmann-Michael.de





www.Kaufmann-Michael.de





**f** @AfDKaufmann







V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557